

SWSG weiterhin im Visier der Bürger

Wohnungseigentümern die Mobilfunkanlage verschwiegen?

(jb) – Noch immer scheint der Streit zwischen Wohnungseigentümern auf dem Burgholzof und der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) nicht beendet. Erst vor kurzem schoss die Bürgerinitiative Mobilfunk Burgholzof wieder scharf in einer Pressemitteilung. Wilfried Wendel, Geschäftsführer der SWSG, kann nicht verstehen, warum das Thema wieder hochgekocht wird. Nach der rechtlichen Überprüfung durch einen Fachanwalt sehen sie sich auf der sicheren Seite.

„Für uns ist das Thema erledigt“, kommentiert Wilfried Wendel das Schreiben der scheinbar immer noch aufgebracht Bürger, in dem behauptet wird, die SWSG hätte ein gemeinsames Gespräch mit Wohnungskäufern auf dem Burgholzof erneut verweigert. Trotz gezielter Fragen sei ihnen reihenweise die benachbarte Mobilfunksendeanlage verschwiegen worden. Wendel dementiert allerdings: „Wir haben den Käufern sowohl im April als auch im August diesen Jahres Einzelgespräche angeboten, weil wir die für sinnvoller halten. Wer einmal auf dem Burgholzof war, kann außerdem nicht sagen, dass ihm der Sendemast entgangen ist.“

Doch das ist nicht der Punkt auf den die Initiative abzielt. „Sicher haben wir den Mast auch schon vor dem Kauf unserer Wohnung gesehen“, bestätigt Philippe Rensing von der Bürgerinitiative Mobilfunk Burgholzof. Auf Anfragen bei der SWSG habe man ihm und auch anderen Käufern jedoch mitgeteilt, dass dort nur abgehört, nicht gesendet werde. Erst nach den ersten unruhigen

Nächten im neuen Heim wurde Rensing klar, dass etwas nicht stimmte. Die starken Schlafstörungen und ständigen Kopfschmerzen bewegten ihn dazu, sich zu erkundigen. Im Januar diesen Jahres bekam er von der Bundesnetzagentur dann mitgeteilt, dass an dem US-Sendemast auf dem Burgholzof neben den weniger belastenden Richtfunkanlagen und Antennen eines Fernsehsenders auch GSM- und UMTS-Mobilfunkanlagen angebracht sind.

Ein der Bürgerinitiative namentlich bekannter Bewohner bestätigte den wehrhaften Bürgern allerdings, einen SWSG-Verantwortlichen bereits 2003 über die Vodafone-Mobilfunksendeanlagen vor Ort informiert zu haben. Die Vorwürfe der Bürgerinitiative, SWSG-Mitarbeiter würden sich heute mit „Nichtwissen“ herausreden und „Gedächtnisschwund als Methode“ betreiben, hält Wendel für völlig haltlos.

Im Frühjahr nahm Rensing auf dem Stadtplanungsamt Einsicht in die Bebauungspläne des Burgholzofes. Dabei fiel ihm auch ein Gutachten von 2002 auf, das die gemessene Strahlenbelastung – die von dem US-

Sendemast ausging – als unbedenklich beschrieb. „Zu diesem Zeitpunkt waren die Mobilfunkanlagen aber noch überhaupt nicht in Betrieb“, so Rensing, „eine Genehmigung dafür lag von der Bundesnetzagentur allerdings schon vor, muss der SWSG also schon bekannt gewesen sein.“

„Die SWSG will Kritiker mundtot machen. Wer sich wehrt, wird als Querulant abgestempelt, der nur aufs Geld aus sei. Wer sich nicht einschüchtern lässt, wird auf das hohe finanzielle Risiko eines Prozesses gegen die SWSG hingewiesen, das man sich gut überlegen sollte“, steht in der Mitteilung der Initiative geschrieben.

„Die Stadt behauptet, die Strahlenbelastung am Burgholzof sei niedrig. Sie verschweigt dabei jedoch, dass eine so hohe Belastung wie auf dem Burgholzof bei dem umfangreichen Funkwellenmessprojekt der Landesregierung in Stuttgart nur an einem Prozent aller Messpunkte festgestellt worden ist“, gibt Rensing zu bedenken. Außerdem entziehe sie sich der Verantwortung für den kinderreichsten Stadtteil Stuttgarts. „Auf das Angebot der Bürgerinitiative Mobilfunk Burgholzof, ihre umfangreichen Berechnungen eines Ingenieurbüros zur Verfügung zu stellen, die flächendeckend die Belastung im Stadtteil zu verschiedenen Tageszeiten zeigen, hat die Stadt bis heute nicht reagiert“, beklagen die Mitglieder der Bürgerinitiative.